



## Aktuelle Debatte

—

Fraktion CDU

### **Migration in Deutschland - aktuelle Herausforderungen für Sachsen-Anhalt**

Es wird beantragt, zur 16. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 13./14./15. Dezember 2022 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

#### **Begründung**

##### I. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Sachsen-Anhalt hat seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine Schutz gewährt und diese bei sich aufgenommen. Mehr als 28.000 Kriegsflüchtlingen konnte so in einem großen humanitären Kraftakt allein in Sachsen-Anhalt geholfen werden.

Die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erfolgte ganz überwiegend direkt in den Kommunen. Hintergrund ist, dass Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine vorübergehender Schutz nach § 24 Aufenthaltsgesetz gewährt wird, ohne dass sie einen Antrag auf Asyl stellen müssen. Mit außerordentlichem Einsatz haben die Kommunen - unterstützt von einem großen bürgerschaftlichen Engagement - in nur wenigen Monaten bezugsfertige Wohnungen und Wohnraum organisiert. Inzwischen wird es in zahlreichen Kommunen immer schwieriger, Wohnungen zu finden. Die Situation ist daher inzwischen überall angespannt, insbesondere in den Städten Magdeburg und Halle.

Darüber hinaus mussten die Kommunen zum 1. Juni 2022 den Rechtskreiswechsel vom Asylbewerberleistungsgesetz in die Grundsicherung des SGB II und XII umsetzen. Diese binnen kürzester Zeit und ohne lange Vorbereitung durchzuführende Aufgabe wurde durch die

Landkreise und kreisfreien Städte sehr gut umgesetzt. Für diese außerordentliche Aufgabenbewältigung in den letzten zehn Monaten ist den Aufnahmekommunen ein besonderer Dank auszusprechen.

## II. Asylsuchende

Sachsen-Anhalt kommt parallel dazu seiner asylrechtlichen Aufnahmeverpflichtung nach. Seit dem Jahr 2021 ist ein Anstieg der Zugangszahlen von Asylsuchenden in Deutschland und damit auch in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) registrierte im Jahr 2022 bis Ende November rund 4.800 Zugänge von Asylsuchenden. Im gesamten Jahr 2021 sind insgesamt 2.995 Asylsuchende in Sachsen-Anhalt registriert worden.

Die meisten Asylsuchenden im Jahr 2022 kommen aus Syrien, Afghanistan, Georgien, der Türkei sowie dem Iran. Da Asylbewerber über das bundesweite Verteilsystem EASY auf die Bundesländer verteilt werden, wirkt sich die Zunahme der Migrationsbewegungen über die sog. Balkanroute auch in Sachsen-Anhalt aus. Die Asylzugänge sind in den letzten Monaten spürbar angestiegen. Vorausschauende Planungen sind erschwert, da der Bund [entgegen seiner gesetzlichen Verpflichtung nach § 44 Abs. 2 Asylgesetz] keine verlässlichen Zugangsprognosen bereitstellt.

Das Ministerium für Inneres und Sport hat sich frühzeitig und vorausschauend auf einen Anstieg der Asylzugangszahlen im Jahr 2022 (mit Blick auf weltweit gelockerte Corona-Einreisebeschränkungen und die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan) vorbereitet mit bis zu 5.000 Asyl-Zugängen geplant.

## III. Situation im Bund

Sowohl die Bundesländer als auch die Kommunen warnen vor Überlastung. Die Kommunen sind mit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und einer steigenden Zahl von Asylsuchenden vor enorme Herausforderungen gestellt.

Vonseiten der Bundesregierung werden, über diese bereits bestehenden Belastungen hinaus, Aufnahmen im Rahmen der Erklärung über einen freiwilligen Solidaritätsmechanismus auf EU-Ebene oder die Auflage eines neuen Aufnahmeprogramms für besonders gefährdete afghanische Staatsangehörige in Anknüpfung an die laufenden Aufnahmen von afghanischen Ortskräften sowie besonders Schutzbedürftigen aus Afghanistan beschlossen. Solche - teilweise ohne vorherige Länderbeteiligung getroffenen - Entscheidungen des Bundes stellen die Länder vor vollendete Tatsachen und erhebliche Belastungen.

Es gibt zudem immer noch keine Lösung für die illegale Migration über die Balkanroute. Die illegale Migration wird durch die Bundesregierung einfach hingenommen. Die damit zusam-

menhängenden Probleme, wie insbesondere Menschenhandel, Schlepperbanden, das Ausnutzen der Not von Flüchtlingen und die gezielte Lenkung von Flüchtlingsbewegungen durch totalitäre Regimes werden nicht effektiv genug bekämpft.

Guido Heuer  
Fraktionsvorsitz